

Döhlau entscheidet sich gegen Tempomessung

Noch eine Unterschrift hätte gefehlt, dann hätte die Gemeinde selbst auf Raserjagd gehen können. Dazu kommt es jetzt nicht.

Von Sandra Langer

Döhlau – Länger als ein Jahr hat sich der Döhlauer Gemeinderat mit einer kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung beschäftigt. Mobile Messgeräte hatte die Kommune angeschafft, und die zeigten, dass vielerorts im Gemeindegebiet zu schnell gefahren wird. Am Ende der Diskussion lässt Döhlau die Finger von der eigenen Tempomessung.

Der Oberkotzauer Bürgermeister Stefan Breuer hatte in nicht öffentlicher Sitzung über die Erfahrungen in seiner Gemeinde referiert. Die Einnahmen aus der Überwachung, kündigte Bürgermeister Marc Ultsch im Sommer vergangenen Jahres an, sollten gemeinnützigen Zwecken zugutekommen.

Die Beschlussvorlage für die jüngste Gemeinderatssitzung sah vor, den Bürgermeister zu ermächtigen, eine Zweckvereinbarung mit dem Markt Oberkotzau zu unterschreiben. Damit wäre für Döhlau der Weg zu einer kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung frei gewesen. Doch es kam anders.

Rathauschef Ultsch erklärte dem Gremium, dass die Gemeinde Döhlau selbst festlegen könne, wann, wo und in welchem Umfang man Tempomessungen ansetzt. Auch auf die Messtoleranz habe man einen gewissen Einfluss. Der Markt Oberkotzau, in dem es seit Jahren eine kommunale Geschwindigkeitsüberwachung gibt, würde laut Vereinbarung Schriftverkehr und die Abwicklung übernehmen.

„Die Gemeinde Döhlau kann selbst festlegen, wann und wo man Tempomessungen ansetzt.“
Bürgermeister Marc Ultsch



Udo Köppel (SPD) ergriff als Erster das Wort: „Ich lehne eine solche Überwachung ab.“ Man habe für viel Geld die mobilen Messanlagen angeschafft, die Köppels Ansicht nach gut angenommen werden und die zur Verbesserung der Situation geführt haben. Rainer Pöllath (PFG) schlug vor, das Thema um einige Jahre zu vertagen. In Zeiten der Corona-Pandemie hätten die Bürger genug um die Ohren. Man solle ihnen nicht noch Geldstrafen auferlegen oder sie gar um ihren Führerschein bringen –

zumal Messungen der Polizei in der Vergangenheit ergeben hätten, dass es nicht Auswärtige seien, die zu schnell durch die Gemeinde führen, sondern überwiegend die eigenen Bürger. Pöllaths Fraktionskollege Jürgen Wolfrum ergänzte: „Die Geschwindigkeitsüberwachung gehört nicht zu den Kernaufgaben einer Gemeinde.“

Sarah Degelmann (SPD-Fraktion, Aktive Bürger) äußerte Zweifel daran, inwieweit das Mitspracherecht bei den privaten Mess-Unternehmen umsetzbar sei. Sie regte an, lieber häufiger bei der Polizei um Geschwindigkeitsmessungen zu bitten. Günter Popp (CSU) nannte vor allem Kautendorf als „Brenn-

punkt“. Er habe jedoch das Gefühl, dass sich die Lage durch den Einsatz mobiler Messgeräte deutlich gebessert habe, und plädierte ebenfalls dafür, das Thema zurückzustellen.

Lediglich Uwe Hertel (CSU) hielt dagegen: „Es geht hier um die Sicherheit unserer Bürger.“ Wer zu schnell fahre und Menschenleben in Gefahr bringe, müsse eine Strafe hinnehmen. Hertel blieb der Einzige, der für die Unterzeichnung einer Vereinbarung zur kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung stimmte.